

Neujahrsauftakt



Günter Steinbrecht
Landesvorsitzender

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ein ereignisreiches Jahr 2011 liegt hinter uns und ein neues Jahr mit vielen Herausforderungen hat begonnen. Die Finanzkrise und die hohe Verschuldung der Euro-Länder waren schwierige Rahmenbedingungen für die Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) in der Einkommensrunde 2011 und sind es auch noch in diesem Jahr. Unsere Hauptziele, trotz der schlechten Rahmenbedingungen, einen spürbaren Einkommenszuwachs zu erreichen und das erzielte Ergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten des Freistaates Sachsen zu übertragen, haben wir erreicht. Dafür gebührt all den Kolleginnen und Kollegen, die sich an Streiks und Protestdemonstrationen beteiligt haben, unser besonderer Dank! Die Bediensteten des öffentlichen Dienstes im Freistaat Sachsen, allen voran unsere angestellten Lehrerinnen und Lehrer, haben über alle „Gewerkschaftsgrenzen“ hinweg den Dienstherrn eindrucksvoll ihre Entschlossenheit demonstriert, sich künftig nicht mehr „unter Wert zu verkaufen“!

Die deutlichen Signale des geschlossenen Eintretens aller Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes für die gemeinsamen Ziele haben die Dienstherrn und die TdL sehr wohl verstanden. Es kommt jetzt darauf an, diese positiven Erfahrungen zu bewahren und bei künftigen Aktionen weiterzuentwickeln. Dennoch sind nicht alle Ziele der Einkommensrunde 2011 erreicht. So steht noch immer die tarifliche Eingruppierung der Lehrkräfte in Sachsen aus. Bislang ist dieser Bereich der einzige, der nicht nach tariflichem Eingruppierungsrecht, sondern einseitig nach Arbeitgeberrichtlinien geregelt wird.

Nunmehr steht schon die neue Einkommensrunde 2012 für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen an. Wir müssen auch hier mit schwierigen Tarifverhandlungen rechnen und uns auf entsprechende Aktionen und Arbeitskämpfmaßnahmen vorbereiten, um die betroffenen Kolleginnen und Kollegen wirkungsvoll zu unterstützen. Nach dem erfolgreichen Verlauf der Einkommensrunden der letzten Jahre, bei der ver.di und dbb tarifunion gemeinsam

verhandelt haben, wurde von beiden Gewerkschaften beschlossen, diese Zusammenarbeit auch im Jahre 2012 bei der Einkommensrunde von Bund und Kommunen fortzusetzen. Es geht darum, dass möglichst viele Betroffene eine gemeinsame Einkommensforderung unterstützen. Die Einkommensrunde 2012 kann aber nur dann ein Erfolg werden, wenn jeder, der betroffen ist, und das sind in diesem Fall auch die Beamtinnen und Beamten beim Bund und in den Kommunen, sich in notwendige Aktionen für eine deutliche Erhöhung der Entgelte und für gute Beschäftigungsbedingungen einbringt. Denn gerade der Tarifabschluss für die Beschäftigten der Länder im Frühjahr 2011 hat gezeigt, dass geschlossen auftretende Gewerkschaften, deren Wille und Fähigkeit zu Aktionen gut sichtbar ist, eher einen Tarifkompromiss erreichen, als Gewerkschaften, die darauf verzichten, die Entschlossenheit ihrer Mitglieder zu demonstrieren.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

neben den schwierigen Aufgaben, die uns aus den Tarifverhandlungen mit dem Bund und den Kommunen erwachsen, müssen wir uns im Jahr 2012 außerdem auch auf umfangreiche weitere Problemfelder einstellen. Die umstrittene „Standortreform“ der Staatsregierung und der weiter geplante Stellenabbau erfordern unsere höchste Aufmerksamkeit. Hier verlangen wir, wie im Koalitionsvertrag festgelegt, dass vor solchen Maßnahmen eine umfassende Aufgabenkritik erfolgt und realistische Kosten- Nutzen-Analysen erstellt werden, die die Sinnhaftigkeit und Wirtschaftlichkeit der beabsichtigten Maßnahmen belegen müssen. Doch diese Analysen wurden noch nicht einmal dem Sächsischen Landtag vorgelegt, obwohl es die Sächsische Haushaltsordnung zwingend vorschreibt. Es ist also zu befürchten, dass die Staatsregierung mit ihrer Koalitionsmehrheit im Landtag Gesetze beschließt, die dem Freistaat in Zukunft mehr schaden als nutzen.

Außerdem stehen in Sachsen die Entwürfe der Neufassungen von verschiedenen Gesetzen im Beamtenbereich für das Dienst-, Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht an. Insbesondere im neuen Besoldungs- und Versorgungsrecht erwarten wir den von der Regierungskoalition in der Diskussion zum Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012 versprochenen Ausgleich zur gestrichenen Sonderzahlung (Weihnachtsgeld). Das Vertrauen der Beamtinnen und Beamten Sachsens in die Staatsregierung ist durch die ersatzlose Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld derzeit so schlecht wie noch nie. Weit über 20.000 Beamtinnen und Beamte, Richter, Staatsanwälte und Versorgungsempfänger (die genaue Zahl stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest) haben im Dezember 2011 Widersprüche gegen die Höhe ihrer Jahresbezüge eingelegt und eine verfassungskonforme amtsangemessene Besoldung und Versorgung gefordert.

Für 2011 wurden in Sachsen Steuermehreinnahmen in Höhe von 1,6 Milliarden Euro erzielt. Und in den Folgejahren sollen die Einnahmen bis 2016 jährlich ebenfalls um etwa 300 Millionen Euro steigen. Der für die Streichung der Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) vorgeschobene Grund ist damit entfallen. Es ist vollkommen richtig, dass Mehreinnahmen sinnvoll genutzt werden. Insofern halten wir den Abbau von Schulden und die Bildung von Rücklagen für wichtig. Den sächsischen Beamtinnen und Beamten, die ihrerseits in der Vergangenheit bereits Millionenopfer erbracht haben, ist der Lob und Dank des Ministerpräsidenten in seinem Weihnachtsbrief in der jetzigen Situation des Landes aber eindeutig zu wenig!

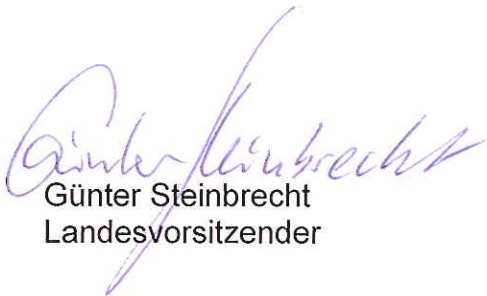
So erwarten wir dringlich eine zeitnahe Anhebung der Wegstreckenentschädigungen für die mit Privat-Pkw im Auftrag des Staates durchgeführten Dienstfahrten.

Wer vierteljährlich 35 bis 40 Millionen Euro aus dem Geld der Steuerzahler für die Pleite der Sachsen-LB bezahlen kann, der sollte doch auch die jährlich 23 Millionen Euro für das Weihnachtsgeld schultern und die Außendienstmitarbeiter des Freistaates endlich von ihren „Zwangssolidaritätsabgaben“ bei Dienstfahrten befreien können.

Der öffentliche Dienst steht vor großen Herausforderungen durch die demografische Entwicklung und die weiteren strukturellen Veränderungen. Auf der Tagesordnung stehen insbesondere die Sicherung und Stärkung des öffentlichen Dienstes als Garant für die innere Sicherheit und für den Sozialstaat. Bildung, Erziehung, Sicherheit, Daseinsvorsorge - das sind auch entscheidende Standortfaktoren für die Wirtschaft, z.B. durch den Winterdienst auf unseren Straßen oder die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur. Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes muss dafür erhalten und zukunftssicher gestaltet werden. Ohne qualifiziertes und motiviertes Personal wird dies nicht möglich sein. Dies gilt für Arbeitnehmer und Beamte gleichermaßen. In den vergangenen Jahren haben Arbeitnehmer und Beamte durch geringe Einkommenszuwächse und zusätzliche Sonderopfer einen großen Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geleistet. Die langjährige Politik der Einkommenseinbußen beim Bund, den Ländern und Kommunen muss deshalb gestoppt werden. Auch um für den dringend benötigten Nachwuchs in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes attraktiv zu bleiben oder endlich zu werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wie Sie unschwer erkennen können, wachsen Aufgabenvielfalt und Bedeutung der Gewerkschaften und deren Dachverbände im öffentlichen Dienst ständig weiter. Deshalb gilt heute mehr denn je, nur die geeinten Kräfte der Mitglieder der Gewerkschaften und vieler weiterer Beschäftigter können in Zeiten der „knappen Kassen“ schmerzhaft Einschnitte verhindern und erforderliche Einkommenszuwächse erreichen. „Trittbrettfahren“ und „Individualismus“ sind in der Arbeitswelt von heute keinen Pfifferling mehr wert. Lassen Sie uns deshalb all unsere Kräfte bündeln und möglichst viele bisher noch nicht organisierte Kolleginnen und Kollegen gewinnen und einbeziehen in unsere gemeinsame Arbeit für ein erfolgreiches Gewerkschaftsjahr 2012.



Günter Steinbrecht
Landesvorsitzender

Dresden, 15.01.2012